

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

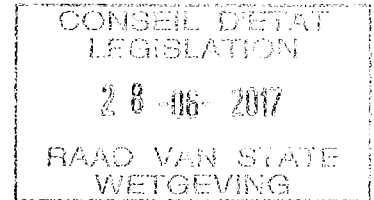
DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Familie;

Nach Beratung,

Beschließt:

61763/1.



Der für Familie zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

**DEKRETVORENTWURF ZUR BILLIGUNG DES ZUSAMMENARBEITSABKOMMENS
VOM 14. JULI 2016 ZWISCHEN DER FLÄMISCHEN GEMEINSCHAFT, DER WALLO-
NISCHEN REGION, DER GEMEINSAMEN GEMEINSCHAFTSKOMMISSION UND DER
DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT BEZÜGLICH DER VORZUNEHMENDEN
ABÄNDERUNGEN IN DER KINDERGELDGESETZGEBUNG**

61763/1.

INHALTSANGABE

Durch das vorliegende Dekret soll das Zusammenarbeitsabkommen vom 14. Juli 2016 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der vorzunehmenden Abänderungen in der Kindergeldgesetzgebung gebilligt werden.



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu dem einzigen Artikel	8
Vorentwurf	10
Anlage	
Zusammenarbeitsabkommen vom 14. Juli 2016 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutsch- sprachigen Gemeinschaft bezüglich der vorzunehmenden Abänderungen in der Kinder- geldgesetzgebung	11
Gutachten des Rates für Familienleistungen	12



BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

1. Allgemeine Beschreibung des Abkommens

Dieses Zusammenarbeitsabkommen soll die Kindergeldgesetzgebung abändern. Dies geschieht, da die durchgeführten Abänderungen als Änderungen von wesentlichen Elementen nach *Art. 94 §1bis Abs. 2 Sondergesetz vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen* anzusehen sind und deshalb mittels Zusammenarbeitsabkommen eingebracht werden müssen.

Kapitel 1. Fiskalischer Datenfluss

Aufgrund des seit Januar 2015 eingeführten Datenflusses zwischen dem FÖD Finanzen und FAMIFED, der föderalen Agentur für Kindergeld, wurden in der ersten Jahreshälfte 2014 eine Reihe von königlichen Erlassen angepasst um diese Datenflüsse nutzen zu können. In der Umsetzung hat sich jedoch gezeigt, dass diese Anpassungen in gewissen Fällen nicht sinnvoll sind.

Kapitel 2. Hausangestellte

Am 16. Juni 2011 hat die Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (IAO) das *Übereinkommen Nr. 189 über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte* angenommen, um den Hausangestellten einen vergleichbaren sozialen Schutz zu gewähren, wie er anderen Arbeitnehmern zugutekommt. Um mit diesem Übereinkommen in Einklang zu stehen, hat Belgien seine Gesetzgebung abgeändert. So unterliegen seit dem 1. Oktober 2014 alle Hausangestellten dem allgemeinen Sozialversicherungssystem, dem sie vorher nicht oder nur teilweise unterlagen.

Hausangestellte sind also künftig „gewöhnliche“ Arbeitnehmer, für die der Arbeitgeber Beiträge für alle Bereiche der sozialen Sicherheit zu entrichten hat.

Im gegenwärtigen Allgemeinen Familienbeihilfengesetz (AFBG) ist das durch den Hausangestellten eröffnete Anrecht aber ein Residualanspruch, da er gewährt wird, wenn kein Anspruch auf Familienleistungen aufgrund einer anderen belgischen oder ausländischen, gesetzlichen oder reglementarischen Bestimmung oder aufgrund der Gesetzgebung für das Personal einer Einrichtung des internationalen öffentlichen Rechts besteht. Aufgrund von Artikel 102 §2 AFBG ist ausschließlich FAMIFED zuständig für die Gewährung der Familienleistungen an Personen, die im Rahmen einer Hausarbeit beschäftigt sind.

Mit dem vorgeschlagenen Text soll der Residualcharakter des Anrechts auf Familienleistungen für Hausangestellte aufgehoben werden. Da diese künftig sämtlichen Bereichen der sozialen Sicherheit unterliegen, ist der Residualcharakter ihres Anrechts nicht mehr gerechtfertigt.

Mit dem vorgeschlagenen Text wird die ausschließliche Zuständigkeit von FAMIFED für die Gewährung und Auszahlung der Familienleistungen an diese Gruppe von Arbeitnehmern bestätigt. Wegen der besonderen Merkmale der Hausarbeit, insbesondere einer häufig situationsbedingten Unbeständigkeit wie eine Aufeinanderfolge mehrerer Arbeitgeber oder gleichzeitige Leistungen bei mehreren Arbeitgebern, die die Bestimmung der zuständigen Kindergeldkasse erschweren, rechtfertigt die von FAMIFED erworbene Erfahrung gegenüber dieser Gruppe von Arbeitnehmern, dass die Agentur ihre Zuständigkeit behält.

Kapitel 3. Zu Unrecht gezahlte Beträge

Entsprechend des Entscheids Nr. 1/2010 des Verfassungsgerichts vom 20. Januar 2010 können die Kindergeldkassen seit dem 1. Januar 2014 die wegen ihres Fehlers zu Unrecht gezahlten Familienleistungen nicht mehr zurückfordern und müssen sie ihrem eigenen Rücklagenfonds anlasten.

Durch diese Anlastung besteht das Risiko, dass früher oder später der Rücklagenfonds bestimmter Kassen ins Ungleichgewicht gerät. Um dieser Situation teilweise vorzubeugen, hat der Gesetzgeber entschieden, die zu Unrecht gezahlten und nicht mehr eintreibbaren Familienleistungen, die nicht auf einen Fehler der Kindergeldkassen zurückzuführen sind und die früher dem Rücklagenfonds angelastet wurden, der Globalverwaltung der sozialen Sicherheit anzulasten.

Diese Maßnahme wurde angewandt auf die zu Unrecht gezahlten Beträge, die ab dem 1. Januar 2014 mitgeteilt wurden und die sich auf den Zeitraum vor dem 1. Januar 2015 beziehen.

Infolge der Zuständigkeitsübertragung der Familienleistungen an die Gebietskörperschaften am 1. Juli 2014 und deren Übernahme der Finanzierung ab dem 1. Januar 2015, ist die Übernahme durch die Globalverwaltung nicht mehr gerechtfertigt.

Deshalb werden die zu Unrecht gezahlten Beträge, die nicht auf einen Fehler der Kindergeldkassen zurückzuführen sind, und über die entweder ab dem 1. Januar 2015 Mitteilung erfolgte oder die als nicht eintreibbar erklärt wurden bzw. auf deren Eintreibung vom gleichen Datum an verzichtet wird, zu Lasten der Gebietskörperschaften gehen.

Die Übernahme durch die Gebietskörperschaften geschieht entsprechend den Angliederungsfaktoren, die festgelegt werden im Zusammenarbeitsabkommen vom 14. Juli 2016 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Feststellung der Angliederungsfaktoren zur Feststellung des persönlichen Anwendungsgebiets der Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen der Gebietskörperschaften, der Haushaltsgestaltung und der Anlastung der für die Gebietskörperschaften gezahlten Familienleistungen und der tatsächlichen Anwendung von gemeinsamen, durch den Verwaltungsausschuss von FAMIFED vorgeschlagenen Änderungsbestimmungen.

Kapitel 4. Mitmutterschaft



Die Mitmutter ist die Ehepartnerin oder die gesetzlich zusammenlebende Partnerin der Mutter. Mit Inkrafttreten am 1. Januar 2015 des Gesetzes vom 5. Mai 2014 zur Feststellung der Abstammung von der Mitmutter wird eine vollwertige rechtliche Abstammungsbeziehung zwischen der Mitmutter und dem Kind gestaltet. Somit haben Mitmütter nunmehr die gleichen elterlichen Rechte und Pflichten wie Väter und Mütter, ohne auf Adoption zurückgreifen zu müssen. Das Gesetz umfasst zwei Aspekte. Einerseits führt das Gesetz eine Vermutung von Mitmutterschaft angesichts der ehelichen Mitmutter für Kinder in der Ehe ein. Andererseits hat die zusammenlebende Mitmutter die Möglichkeit, das Kind anzuerkennen.

Die Einfügung des Begriffes der Mitmutterschaft in das Zivilgesetzbuch hat eine Reihe von Folgen für die Kindergeldgesetzgebung. Die vorgelegten Textentwürfe beanspruchen, diese Gesetzgebung entsprechend den Abänderungen des Zivilgesetzbuches anzupassen.

Es wird vorgeschlagen, eine neutrale Formulierung, nämlich den Begriff 'Elternteil', zu verwenden, um das Konzept 'Mitmutter' in Artikel 56bis AFBG (erhöhtes Kindergeld für Waisen), Artikel 66 AFBG (Abtretung des Vorranges), Artikel 69, §3 AFBG (Einspruch gegen die Bezeichnung des Kindergeldempfängers) und Artikel 73bis AFBG (Geburtsprämie) zu integrieren. Bezüglich des Artikels 66 AFBG werden außerdem die Begriffe 'Stief-

vater' und 'Stiefmutter' durch den Begriff 'Stiefelternteil' ersetzt. Der Begriff 'Elternteil' umfasst sowohl den Vater, die Mutter als auch die Mitmutter.

Außerdem wird die Abänderung des Artikels 69 AFBG genutzt, um den vom AFBG eingefügten und durch das Gesetz vom 30. Juli 2013 zur Schaffung eines Familien- und Jugendgerichts unglücklicherweise aufgehobenen §3 Absatz 2 wieder einzuführen. Mit diesem Absatz 2 können die Änderungen des Kindergeldempfängers, die in der Selbstständigenregelung vor der Integrierung in das AFBG stattgefunden haben, „bestätigt“ werden.

Schließlich wird der Königliche Erlass vom 25. Oktober 1971 zur Ausführung des Gesetzes vom 20. Juli 1971 zur Einführung garantierter Familienleistungen entsprechend angepasst, um den Mitmüttern auch in Bezug auf die garantierten Familienbeihilfen die gleichen Rechte zu sichern.

Kapitel 5. Bestimmungen über die Einkommensgrenzbeträge

Es hat sich herausgestellt, dass infolge der Verteilung der *Haushaltsmittel im Bereich Wohlstand* (enveloppe de bien être), wodurch bestimmte Sozialleistungen aufgewertet werden, manche Kindergeldempfänger, die einen Sozialzuschlag oder einen Zuschlag für Alleinerziehende erhalten, möglicherweise nicht mehr die Bedingungen erfüllen, um diese Zuschläge weiterhin zu erhalten. Ihre Einkünfte nehmen unter der Wirkung dieser Aufwertung zu und würden somit die für das Kindergeld festgelegten Grenzbeträge der Einkünfte überschreiten, deren Nicht-Überschreitung eine Bedingung für die Gewährung des Zuschlages ist. Die Grenzbeträge in der Kindergeldgesetzgebung werden dementsprechend angepasst.

2. Kommentar zu den Artikeln des Abkommens

Artikel 1 und 2. In diesen Artikeln wird beabsichtigt, die Bestimmungen zu entfernen, die den Rückgriff auf den fiskalischen Datenfluss zur Festlegung der Einkünfte des berechtigten Kindes (Berufstätigkeit oder Sozialleistung) eingeführt haben, da diese eine am Nutzen gemessene unverhältnismäßige Verkomplizierung der Arbeit für die Kindergeldkassen im Kampf gegen Sozialbetrug verursachen würden.

Artikel 3. In dieser Bestimmung werden die Begriffsbestimmungen „Berufseinkünfte“ und „Ersatzeinkommen“ gestrichen. Eine neue Begriffsbestimmung wird in Artikel 5 des Abkommens festgelegt.



Artikel 4. In diesem Artikel wird beabsichtigt, die Bestimmungen zu entfernen, die den Rückgriff auf den fiskalischen Datenfluss zur Festlegung der Einkünfte des berechtigten Kindes (Berufstätigkeit oder Sozialleistung) eingeführt haben, da diese eine am Nutzen gemessene unverhältnismäßige Verkomplizierung der Arbeit für die Kindergeldkassen im Kampf gegen Sozialbetrug verursachen würden.

Artikel 5. In dieser Bestimmung werden die Begriffe „Berufseinkünfte“ und „Ersatzeinkommen“ bestimmt und wird die Anwendung des fiskalischen Datenflusses bei der Berechnung der Einkünfte, die die Gewährung von Sozialzuschlägen oder Zuschlägen für Alleinerziehende begründen, versachlicht.

Der Artikel bestimmt eine Glättung der Einkünfte, d.h. dass alle im Laufe eines bestimmten Kalenderjahres gezahlten und sich auf dieses Jahr beziehenden Einkünfte durch zwölf zu teilen sind, um die durchschnittlichen Einkünfte pro Monat in Erfahrung zu bringen.

Artikel 6. Diese Bestimmung soll die ausschließliche Zuständigkeit von FAMIFED für die Hausangestellten erhalten, die künftig als übliche Erwerbstätige zur Gewährung und

Bezahlung ihrer Familienleistungen weiterhin in den Zuständigkeitsbereich von FAMIFED fallen.

Artikel 7. Mit diesem Artikel soll der beschränkte Charakter des Anrechts auf Kindergeld für Hausangestellte gestrichen werden. Diese unterliegen künftig sämtlichen Bereichen der Sozialversicherung. Der eingeschränkte Charakter ihres Anrechts ist nicht mehr gerechtfertigt.

Artikel 8. Mit dieser Bestimmung sollen der Flämischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Wallonischen Region und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission die irrtümlich gezahlten Beträge angelastet werden, die vor der Übertragung der Zuständigkeit an die Gebietskörperschaften der Globalverwaltung der sozialen Sicherheit angelastet worden wären.

Artikel 9. Diese Bestimmung verleiht FAMIFED die Befugnis, von den Kassen für das Kindergeld die Berichtigung der Buchführung im Falle einer irrtümlichen Anrechnung von Beträgen zu Lasten der Gebietskörperschaften zu verlangen.

Artikel 10. Mit dieser Bestimmung wird das Allgemeine Familienbeihilfengesetz in Einklang gebracht mit dem Zivilgesetzbuch, das anlässlich des Gesetzes vom 5. Mai 2014 zur Feststellung der Abstammung der Mitmutter abgeändert wurde, wobei der geschlechtsneutrale Begriff 'Elternteil' die Begriffe 'Vater' und 'Mutter' ersetzt.

Artikel 11. Mit dieser Bestimmung wird der Anwendungsbereich des Prinzips bei Adoption durch Personen des gleichen Geschlechts, wobei der Ältere beider Personen als vorrangiger Kindergeldberechtigter bestimmt wird, auf den Anwendungsbereich des Gesetzes vom 5. Mai 2014 zur Feststellung der Abstammung der Mitmutter ausgeweitet.

Artikel 12. Mit dieser Bestimmung wird das Allgemeine Familienbeihilfengesetz in Einklang gebracht mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch, das anlässlich des Gesetzes vom 5. Mai 2014 zur Feststellung der Abstammung der Mitmutter abgeändert wurde, wobei die geschlechtsneutralen Begriffe 'Elternteil' und 'Stiefelternteil' die Begriffe 'Vater', 'Mutter', 'Stiefvater' und 'Stiefmutter' ersetzen.

Artikel 13. Mit dieser Bestimmung wird der Anwendungsbereich des gegenwärtigen Prinzips bei Adoption durch Person des gleichen Geschlechts, wobei der ältere der beiden Personen als Kindergeldempfänger bestimmt wird, auf den Anwendungsbereich des Gesetzes vom 5. Mai 2014 zur Feststellung der Abstammung der Mitmutter ausgeweitet.

 Mit dieser Bestimmung wird auch das Allgemeine Familienbeihilfengesetz in Einklang gebracht mit dem Zivilgesetzbuch, das anlässlich des Gesetzes vom 5. Mai 2014 zur Feststellung der Abstammung der Mitmutter abgeändert wurde, wobei der geschlechtsneutrale Begriff 'Elternteil' die Begriffe 'Vater' und 'Mutter' ersetzt.

Mit Inkrafttreten des Gesetzes vom 4. April 2014 zur Abänderung der koordinierten Gesetze vom 19. Dezember 1939 über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger gilt das Allgemeine Familienbeihilfengesetz (AFBG) für Arbeitnehmer sowie für Selbstständige. Aufgrund dieser Erweiterung des persönlichen Anwendungsbereiches des AFBG wird durch diesen Artikel der Hinweis auf das Gerichtsgesetzbuch bezüglich der Zuständigkeit des Friedensrichters in Artikel 69 §3 AFBG abgeändert.

Außerdem wird erläutert, dass die Änderungen des Kindergeldempfängers aufgrund eines Einspruches gemäß Artikel 31 §3 des aufgehobenen Königlichen Erlasses vom 8. April 1976 zur Festlegung der Regelung der Familienleistungen für Selbstständige, für die Anwendung des AFBG in Kraft bleiben.

Artikel 14. Mit dieser Bestimmung wird das Allgemeine Familienbeihilfengesetz in Einklang gebracht mit dem Zivilgesetzbuch, das anlässlich des Gesetzes vom 5. Mai 2014 zur Feststellung der Abstammung der Mitmutter abgeändert wurde, wobei der geschlechtsneutrale Begriff 'Elternteil' die Begriffe 'Vater' und 'Mutter' ersetzt.

Artikel 15. Diese Bestimmung hat zum Ziel, den Königlichen Erlass vom 25. Oktober 1971 zur Ausführung des Gesetzes vom 20. Juli 1971 zur Einführung garantierter Familienleistungen mit der Änderung des Zivilgesetzbuches, infolge des Gesetzes vom 5. Mai 2014 zur Feststellung der Abstammung der Mitmutter, in Einklang zu bringen, wobei der geschlechtsneutrale Begriff „Elternteil“ die Begriffe „Vater“ und „Mutter“ ersetzt.

Artikel 16 bis 18. Es hat sich herausgestellt, dass infolge der Verteilung der Haushaltsmittel im Bereich Wohlstand, wodurch bestimmte Sozialleistungen aufgewertet werden, manche Kindergeldempfänger, die vor dieser Aufwertung einen Sozialzuschlag oder einen Zuschlag für Alleinerziehende erhielten, möglicherweise nicht mehr die Bedingungen erfüllen, um diese Zuschläge weiterhin zu erhalten. Ihre Einkünfte nehmen unter der Wirkung dieser Aufwertung zu und würden somit die für das Kindergeld festgelegten Grenzbeträge der Einkünfte, deren Nicht-Überschreitung eine Bedingung für die Gewährung des Zuschlages ist, überschreiten.

Durch diese Bestimmung wird also beabsichtigt, die Grenzbeträge der Einkünfte zu erhöhen, indem sie an den Höchstbetrag der von der Kranken- und Invalidenversicherung gewährten Invaliditätsentschädigung, nach der Aufwertung dieser Entschädigung infolge der Verteilung der Haushaltsmittel im Bereich Wohlstand, ausgerichtet werden, sodass die Einkünfte der betreffenden Familien unter dem Grenzbetrag bleiben und sie somit weiter den bis heute erhaltenen Zuschlag beziehen können.

Artikel 19. In diesem Artikel werden die Daten des Inkrafttretens der verschiedenen Bestimmungen festgelegt.

Artikel 20. Gemäß diesem Artikel wird das Zusammenarbeitsabkommen erst am Tag der Veröffentlichung im Belgischen Staatsblatt des letzten Dekrets zur Zustimmung vom Zahlungsnetz konkret angewendet.

Diese Maßnahme ist aus pragmatischen Gründen gerechtfertigt und vereinfacht die konkrete Implementierung der neuen Maßnahme durch die mit der Verwaltung und der Zahlung der Familienleistungen beauftragten Einrichtungen.

 **Artikel 21.** Obwohl der Rückgriff auf ein Zusammenarbeitsabkommen in Artikel 94 § 1bis des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen vorgeschrieben wird, bewirkt dies nicht, dass die vom Zusammenarbeitsabkommen abgeänderten Ausführungstexte im Nachhinein nicht von den jeweiligen ausführenden Behörden der Gebietskörperschaften abgeändert werden können.

BEMERKUNGEN ZU DEM GUTACHTEN DES RATES FÜR FAMILIENLEISTUNGEN

Der Rat für Familienleistungen erteilt zum Dekretvorentwurf ein positives Gutachten. Er merkt in seinem Gutachten an, dass das Zusammenarbeitsabkommen die fiskalischen Datenflüsse betrifft. Der Rat spricht sich prinzipiell dafür aus, dass das Recht auf den Sozialzuschlag in Zukunft ohne Rückgriff auf die Steuerdaten festgestellt wird. Das Zusammenarbeitsabkommen sieht vor, dass nicht auf die Steuerdaten zurückgegriffen werden soll, um die Einkünfte des Kindes zu bestimmen.

KOMMENTAR ZU DEM EINZIGEN ARTIKEL

Einziger Artikel

Der einzige Artikel bedarf keines besonderen Kommentars.

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS

A handwritten signature in black ink, consisting of several overlapping strokes, located in the bottom left corner of the page.

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2016 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der vorzunehmenden Abänderungen in der Kindergeldgesetzgebung

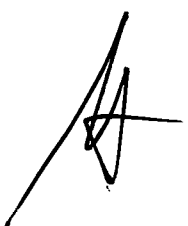
Einziger Artikel – Das Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der vorzunehmenden Abänderungen in der Kindergeldgesetzgebung wird gebilligt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'A' with a horizontal stroke extending to the left.

ANLAGE

Zusammenarbeitsabkommen vom 14. Juli 2016 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der vorzunehmenden Abänderungen in der Kindergeldgesetzgebung

Als Anlage separat beigelegt.

A handwritten signature or mark, possibly a stylized 'A' or 'H', located in the bottom left corner of the page.

GUTACHTEN DES RATES FÜR FAMILIENLEISTUNGEN

Als Anlage separat beigelegt.

A handwritten signature in black ink, consisting of several loops and a long horizontal stroke extending to the right.

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Op de voordracht van de Minister van Gezin;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister bevoegd voor Gezin is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

Voorontwerp van decreet houdende instemming met het samenwerkingsakkoord van 14 juli 2016 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de aan de kinderbijslagregelgeving aan te brengen wijzigingen

INHOUD

Het voorliggende decreet heeft tot doel instemming te verlenen met het samenwerkingsakkoord van 14 juli 2016 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de aan de kinderbijslagregelgeving aan te brengen wijzigingen.

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting	4
Bespreking van het enige artikel	8
Voorontwerp	10
Bijlage	
Samenwerkingsakkoord van 14 juli 2016 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de aan de kinderbijslagregelgeving aan te brengen wijzigingen 11	
Advies van de Raad voor Gezinsbijslagen	12

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

1. Algemene beschrijving van het samenwerkingsakkoord

Dit samenwerkingsakkoord heeft tot doel de kinderbijslagwetgeving te wijzigen. De reden daarvoor is dat het gaat om wijzigingen die beschouwd moeten worden als wijzigingen van essentiële elementen in de zin van artikel 94, § 1*bis*, tweede lid, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen die bijgevolg via een samenwerkingsakkoord moeten worden aangebracht.

Hoofdstuk 1. Fiscale flux

Sinds 2015 is een dataflux tussen de FOD Financiën en het federale agentschap voor de kinderbijslag (FAMIFED) ingevoerd. Naar aanleiding daarvan werden in de eerste helft van 2014 een aantal koninklijke besluiten aangepast om die dataflux te kunnen gebruiken. In de praktijk is echter gebleken dat die aanpassingen in bepaalde gevallen niet zinvol zijn.

Hoofdstuk 2. Huispersoneel ('huisarbeiders')

Op 16 juni 2011 heeft de Internationale Arbeidsorganisatie van de Verenigde Naties (IAO) de *Conventie nr. 189 betreffende waardig werk voor het huispersoneel* aangenomen om aan huispersoneel een soortgelijke sociale bescherming te bieden als aan andere werknemers. België heeft de wetgeving gewijzigd om ze in overeenstemming te brengen met die conventie. Bijgevolg is al het huispersoneel sinds 1 oktober 2014 onderworpen aan de algemene regeling inzake sociale zekerheid, terwijl het vroeger niet of slechts gedeeltelijk onder die regeling viel.

Huisarbeiders worden dus voortaan 'gewone' werknemers voor wie de werkgever socialezekerheidsbijdragen moet betalen voor alle takken van de sociale zekerheid.

In de huidige Algemene kinderbijslagwet (AKBW) is dat voor huispersoneel geopende recht echter een residueel recht, aangezien het toegekend wordt als geen aanspraak wordt gemaakt op gezinsbijslagen op grond van een andere Belgische of buitenlandse, wettelijke of verordenende bepaling of op grond van de wetgeving voor het personeel van een publiekrechtelijke internationale instelling. Op grond van artikel 102, § 2, van de AKBW is alleen FAMIFED bevoegd voor de toekenning van gezinsbijslagen aan personen die werken als huispersoneel.

Bedoeling van de ontworpen tekst is dat het residuele karakter van het recht op gezinsbijslagen voor huispersoneel opgeheven wordt. Aangezien het huispersoneel voortaan onder alle takken van de sociale zekerheid valt, is het residuele karakter van hun recht niet meer gerechtvaardigd.

Met de ontworpen tekst wordt bekrachtigd dat FAMIFED als enige bevoegd is voor de toekenning en uitbetaling van de gezinsbijslagen aan die groep van werknemers. Huispersoneel doet werk met bijzondere kenmerken, in het bijzonder vaak onbestendig en van de situatie afhankelijk werk, prestaties bij een opeenvolging van werkgevers of prestaties bij verschillende werkgevers tegelijk, wat het moeilijk maakt om te bepalen welk kindergeldfonds bevoegd is. De ervaring die FAMIFED met die groep van werknemers heeft opgebouwd, rechtvaardigt dan ook dat FAMIFED die bevoegdheid behoudt.

Hoofdstuk 3. Ten onrechte betaalde bedragen

Overeenkomstig arrest nr. 1/2010 van 20 januari 2010 van het Gerechtelijk Hof mogen de kinderbijslagfondsen sinds 1 januari 2014 niet langer de wegens hun fout ten onrechte betaalde kinderbijslag terugvorderen en moeten ze die dus aan hun eigen reservefonds aanrekenen.

Die aanrekening zou het reservefonds van bepaalde fondsen vroeg of laat uit balans kunnen brengen. Om die situatie gedeeltelijk te voorkomen, heeft de wetgever beslist om de onverschuldigde kinderbijslag die niet teruggevorderd kon worden en waarvoor de kinderbijslagfondsen geen administratieve fout hadden gemaakt en die voordien aan het reservefonds werd aangerekend, ten laste van het Globaal Beheer van de sociale zekerheid te leggen.

Die maatregel was van toepassing op de vanaf 1 januari 2014 meegedeelde onverschuldigde bedragen die betrekking hebben op periodes vóór 1 januari 2015.

Ten gevolge van de overdracht van de bevoegdheden inzake gezinsbijslagen aan de deeltentiteiten op 1 juli 2014 en het overnemen van de financiering door die deeltentiteiten op 1 januari 2015, is het niet langer gerechtvaardigd dat het Globaal Beheer nog voor die categorie onverschuldigde bedragen dient in te staan.

Daarom zullen de deeltentiteiten voortaan instaan voor de niet wegens een fout van de kinderbijslagfondsen, vanaf 1 januari 2015 meegedeelde onverschuldigde bedragen en de vanaf diezelfde datum niet terugvorderbaar verklaarde onverschuldigde bedragen of de onverschuldigde bedragen waarvoor is afgezien van terugvordering.

De aanrekening aan de deeltentiteiten geschiedt overeenkomstig de aanknopingsfactoren die zijn vastgelegd in het samenwerkingsakkoord van 14 juli 2016 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende het vaststellen van de aanknopingsfactoren tot vaststelling van het personele toepassingsgebied van de wettelijke en reglementaire bepalingen van de deeltentiteiten, de budgettering en verrekening van de voor de deeltentiteiten betaalde gezinsbijslagen en de effectieve invoering van gemeenschappelijke wijzigende bepalingen voorgesteld door het Beheerscomité van FAMIFED.

Hoofdstuk 4. Meemoederschap

De meemoeder is de echtgenote of de wettelijk samenwonende vrouwelijke partner van de moeder. Via de op 1 januari 2015 in werking getreden wet van 5 mei 2014 houdende de vaststelling van de afstamming van de meemoeder wordt een volwaardige juridische verwantschapsband tussen de meemoeder en het kind vastgelegd. Meemoeders hebben daardoor voortaan dezelfde ouderlijke rechten en plichten als vaders en moeders zonder dat een adoptie noodzakelijk is. De wet behelst twee aspecten. Enerzijds voert de wet een vermoeden van meemoederschap in ten aanzien van de echtgenote-meemoeder voor kinderen geboren binnen het huwelijk. Anderzijds krijgt de samenwonende meemoeder de mogelijkheid om het kind te erkennen.

De invoering van het begrip 'meemoederschap' in het Burgerlijk Wetboek heeft een aantal gevolgen voor de kinderbijslagwetgeving. Met de voorgelegde ontwerp teksten wil men die wetgeving op de wijzigingen van het Burgerlijk Wetboek afstemmen.

Er wordt voorgesteld om de neutrale term 'ouder' te gebruiken om het concept meemoederschap in artikel 56bis AKBW (verhoogde wezenbijslag), artikel 66 AKBW (afstand van voorrang), artikel 69, §3 AKBW (verzetsprocedure tegen de aanduiding van de bijslagtrekkende) en artikel 73bis AKBW (kraamgeld) op te nemen. In artikel 66 AKBW worden de termen 'stiefvader' en 'stiefmoeder' bovendien door de term 'stiefouder' vervangen. De term 'ouder' slaat zowel op vaders, moeders als meemoeders.

Bovendien wordt de wijziging van artikel 69 AKBW benut om de bij de AKBW ingevoerde paragraaf 3, tweede lid, terug in te voeren, aangezien die onnodig werd opgehe-

ven bij de wet van 30 juli 2013 betreffende de invoering van een familie- en jeugdrechtsbank. Via het tweede lid kunnen de veranderingen van bijslagtrekkende die zich hebben voorgedaan in de regeling voor zelfstandigen vóór die in de AKBW werd opgenomen, gevalideerd worden.

Tot slot wordt het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot uitvoering van de wet van 20 juli 1971 tot instelling van gewaarborgde gezinsbijslag zo aangepast dat meemoeders ook met betrekking tot de gewaarborgde gezinsbijslag dezelfde rechten hebben.

Hoofdstuk 5. Bepalingen betreffende de inkomensgrensbedragen

Er is gebleken dat sommige bijslagtrekkenden die een sociale toeslag of een eenoudertoeslag ontvangen eventueel niet meer aan de voorwaarden voldoen om die toeslagen nog langer te ontvangen. Dat ligt aan de verdeling van de welvaartsenveloppe, waarbij bepaalde sociale uitkeringen opgewaardeerd worden. Door die opwaardering stijgt hun inkomen en overschrijdt het de voor de kinderbijslag vastgestelde inkomensgrensbedragen, terwijl het niet-overschrijden van die grensbedragen een voorwaarde is om de toeslag te krijgen. De grensbedragen in de Algemene kinderbijslagwet worden dienovereenkomstig aangepast.

2. Toelichting bij de artikelen van het samenwerkingsakkoord

Artikelen 1 en 2 Deze artikelen strekken ertoe de bepalingen die het aanwenden van de fiscale gegevens om de inkomsten van het rechtgevend kind vast te stellen (beroepsactiviteit of sociale uitkering) ingevoerd hebben, te verwijderen, aangezien ze het werk van de kinderbijslagfondsen extra zouden bemoeilijken, zonder proportioneel voordeel voor de strijd tegen sociale fraude.

Artikel 3 In die bepaling worden de definities "beroepsinkomsten" en "vervangingsinkomsten" geschrapt. In artikel 5 van het samenwerkingsakkoord wordt een nieuwe definitie voor die twee begrippen vastgelegd.

Artikel 4 Deze artikelen strekken ertoe de bepalingen die het aanwenden van de fiscale gegevens om de inkomsten van het rechtgevend kind vast te stellen (beroepsactiviteit of sociale uitkering) ingevoerd hebben, te verwijderen, aangezien deze het werk van de kinderbijslagfondsen extra zouden bemoeilijken, zonder proportioneel voordeel voor de strijd tegen sociale fraude.

Artikel 5 In deze bepaling worden de begrippen "beroepsinkomsten" en "vervangingsinkomsten" gedefinieerd en wordt het gebruik van de fiscale flux bij de berekening van de inkomsten die de toekenning van sociale toeslagen of eenoudertoeslagen bepalen, geconcretiseerd.

Er wordt voorzien in de afvlakking van de inkomsten, dat wil zeggen dat de som van alle inkomsten die in de loop van een bepaald kalenderjaar zijn betaald en er betrekking op hebben, wordt gedeeld door twaalf, teneinde de gemiddelde maandinkomsten van dat jaar te verkrijgen.

Artikel 6 Deze bepaling strekt tot het behoud van de exclusieve bevoegdheid van FAMIFED ten aanzien van het huispersoneel dat voortaan als gewone werknemers onder de bevoegdheid blijft vallen van FAMIFED voor de toekenning en de uitbetaling van de gezinsbijslagen.

Artikel 7 Dit artikel strekt tot opheffing van het beperkte karakter van het recht op kinderbijslag voor huispersoneel. Huispersoneel is voortaan onderworpen aan alle takken van het stelsel van de sociale zekerheid. Het beperkte karakter van hun recht is niet langer gerechtvaardigd.

Artikel 8 Deze bepaling strekt ertoe de onverschuldigde betalingen die vóór de bevoegdheidsoverdracht naar de deeltentiteiten ten laste werden gelegd van het Globaal Beheer, ten laste te leggen van de Vlaamse Gemeenschap, de Duitstalige Gemeenschap, het Waalse Gewest en de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie.

Artikel 9 Deze bepaling geeft aan FAMIFED de bevoegdheid om de kinderbijslagfondsen de rechtzetting op te leggen van de boekhoudingen in geval van een verkeerde boeking van de bedragen ten laste van de deeltentiteiten.

Artikel 10 Deze bepaling strekt ertoe de Algemene kinderbijslagwet in overeenstemming te brengen met de wijziging van het Burgerlijk Wetboek naar aanleiding van de wet van 5 mei 2014 houdende de vaststelling van de afstamming van de meemoeder door een genderneutraal begrip 'ouder' in te voegen, ter vervanging van de begrippen 'vader' en 'moeder'.

Artikel 11 Bij deze bepaling wordt het toepassingsgebied van het principe in geval van adoptie door personen van hetzelfde geslacht, waarbij de oudste van de twee personen wordt aangeduid als voorrangsgerechtigde rechthebbende, uitgebreid tot het toepassingsgebied van de wet van 5 mei 2014 houdende de vaststelling van de afstamming van de meemoeder.

Artikel 12 Deze bepaling strekt ertoe de Algemene kinderbijslagwet in overeenstemming te brengen met de wijziging van het Burgerlijk Wetboek naar aanleiding van de wet van 5 mei 2014 houdende de vaststelling van de afstamming van de meemoeder, waarbij de begrippen 'vader', 'moeder', 'stiefvader' en 'stiefmoeder' vervangen worden door de genderneutrale begrippen 'ouder' en 'stiefouder'.

Artikel 13 Bij deze bepaling wordt het toepassingsgebied van het huidige principe in geval van adoptie door personen van hetzelfde geslacht, waarbij de oudste van de twee personen wordt aangeduid als bijslagtrekkende, uitgebreid tot het toepassingsgebied van de wet van 5 mei 2014 houdende de vaststelling van de afstamming van de meemoeder.

Deze bepaling strekt er ook toe de Algemene kinderbijslagwet in overeenstemming te brengen met de wijziging van het Burgerlijk Wetboek naar aanleiding van de wet van 5 mei 2014 houdende de vaststelling van de afstamming van de meemoeder door een genderneutraal begrip 'ouder' in te voegen, ter vervanging van de begrippen 'vader' en 'moeder'.

Door de inwerkingtreding van de wet van 4 april 2014 tot wijziging van de samengeordende wetten van 19 december 1939 betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders geldt de Algemene kinderbijslagwet (AKBW) zowel voor werknemers als voor zelfstandigen. Op grond van die uitbreiding van het personeel toepassingsgebied van de AKBW wijzigt dit artikel de verwijzing naar het Gerechtelijk Wetboek met betrekking tot de bevoegdheid van de vrederechter in artikel 69, paragraaf 3, van de AKBW.

Daarnaast wordt verduidelijkt dat de veranderingen van bijslagtrekkende die het gevolg zijn van het verzet vermeld in artikel 31, § 3, van het opgeheven koninklijk besluit van 8 april 1976 houdende regeling van de gezinsbijslag ten voordele van de zelfstandigen, van kracht blijven voor de toepassing van de AKBW.

Artikel 14 Deze bepaling strekt ertoe de Algemene kinderbijslagwet in overeenstemming te brengen met de wijziging van het Burgerlijk Wetboek naar aanleiding van de wet van 5 mei 2014 houdende de vaststelling van de afstamming van de meemoeder door een genderneutraal begrip 'ouder' in te voegen, ter vervanging van de begrippen 'vader' en 'moeder'.

Artikel 15 Deze bepaling strekt ertoe het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot uitvoering van de wet van 20 juli 1971 tot instelling van gewaarborgde gezinsbijslag in overeenstemming te brengen met de wijziging van het Burgerlijk Wetboek naar aanleiding van de wet van 5 mei 2014 houdende de vaststelling van de afstamming van de meemoeder door een genderneutraal begrip 'ouder' in te voegen, ter vervanging van de begrippen 'vader' en 'moeder'.

Artikelen 16 tot 18 Als gevolg van de verdeling van de welvaartsenveloppe, waarbij bepaalde sociale uitkeringen opgewaardeerd worden, is gebleken dat sommige bijslag-trekkenden die vóór die opwaardering een sociale toeslag of een eenoudertoeslag ontvingen, eventueel niet meer aan de voorwaarden voldoen om die toeslagen nog langer te ontvangen. Door die opwaardering stijgt hun inkomen en overschrijdt het de voor de kinderbijslag vastgestelde inkomensgrensbedragen, terwijl het niet-overschrijden van die grensbedragen een voorwaarde is om de toeslag te krijgen.

Deze bepaling heeft dus tot doel de inkomensgrensbedragen te verhogen door ze af te stemmen op het maximumbedrag van de invaliditeitsuitkering in de ZIV-regeling na de opwaardering van die invaliditeitsuitkering als gevolg van de verdeling van de welvaartsenveloppe, zodat de inkomsten van de betrokken gezinnen onder het grensbedrag blijven en die gezinnen hun recht op de toeslag die ze tot dan ontvingen behouden.

Artikel 19 Dit artikel bepaalt de datum waarop de verschillende bepalingen in werking treden.

Artikel 20 Dit artikel bepaalt dat het betaalcircuit het samenwerkingsakkoord concreet zal toepassen vanaf de dag waarop het laatste instemmingsdecreet in het Belgisch Staatsblad wordt bekendgemaakt.

Deze maatregel stoelt op pragmatische overwegingen en vergemakkelijkt de concrete uitvoering van de nieuwe maatregel door de instellingen die de gezinsbijslagen moeten beheren en uitbetalen.

Artikel 21 Hoewel artikel 94, § 1bis, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming van de instellingen het gebruik van een samenwerkingsakkoord oplegt, mag dit niet tot gevolg hebben dat de door het samenwerkingsakkoord gewijzigde uitvoeringsbesluiten nadien niet door de respectievelijke uitvoerende machten van de deelentiteiten aangepast kunnen worden.

OPMERKINGEN BIJ HET ADVIES VAN DE RAAD VOOR GEZINSBIJSLAGEN

De Raad voor Gezinsbijslagen verstrekt een positief advies over het voorontwerp van decreet. In zijn advies merkt die Raad op dat het samenwerkingsakkoord betrekking heeft op fiscale datafluxen. De Raad is er principieel voorstander van dat het recht op de sociale toeslag in de toekomst wordt vastgesteld zonder dat daarvoor belastinggegevens worden gebruikt. Het samenwerkingsakkoord bepaalt dat geen belastinggegevens worden gebruikt om de inkomsten van het kind te bepalen.

BESPREKING VAN HET ENIGE ARTIKEL

Enig artikel

Het enige artikel behoeft geen bijzondere toelichting.

A. ANTONIADIS

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet houdende instemming met het samenwerkingsakkoord van 14 juli 2016 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de aan de kinderbijslagregulering aan te brengen wijzigingen

Enig artikel – Instemming wordt verleend met het samenwerkingsakkoord van 14 juli 2016 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de aan de kinderbijslagregulering aan te brengen wijzigingen.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President
O. PAASCH

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS

BIJLAGE

Samenwerkingsakkoord van 14 juli 2016 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de aan de kinderbijslagregulering aan te brengen wijzigingen

Bijlage: afzonderlijk bijgevoegd.

Advies van de Raad voor Gezinsbijslagen

Bijlage: afzonderlijk bijgevoegd.

Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der vorzunehmenden Abänderungen in der Kindergeldgesetzgebung

Unter Hinweis auf Artikel 23 der Verfassung;

Unter Hinweis auf das Sondergesetz vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 94, §1bis, eingefügt durch Artikel 44 des Sondergesetzes vom 6. Januar 2014 über die Sechste Staatsreform;

Unter Hinweis auf das Gesetz vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 60sexies, eingefügt durch Artikel 37 des Gesetzes vom 19. April 2014 zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Unter Hinweis auf das Gesetz vom 4. April 2014 zur Abänderung der koordinierten Gesetze vom 19. Dezember 1939 über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger (Allgemeines Familienbeihilfengesetz);

Unter Hinweis auf das Sonderdekret der Französischen Gemeinschaft vom 3. April 2014 über die Befugnisse der Französischen Gemeinschaft, deren Ausübung an die Wallonische Region und die Französische Gemeinschaftskommission übertragen wird und das Dekret der Wallonischen Region vom 11. April 2014 über die Befugnisse der Französischen Gemeinschaft, deren Ausübung an die Wallonische Region und die Französische Gemeinschaftskommission übertragen wird;

Unter Hinweis auf die am 12. Januar 2016 im Verwaltungsausschuss von FAMIFED organisierte Beratung;

Unter Hinweis auf die am 21. Januar 2016 im Ad-Hoc-Ausschuss organisierte Beratung;

Unter Hinweis auf die Vorschläge Nr. 242, 243, 244 und 246 des Verwaltungsausschusses von FAMIFED;

die Flämische Gemeinschaft, vertreten durch den Ministerpräsidenten und den Minister für Wohlfahrt, Volksgesundheit und Familie;

die Wallonische Region, vertreten durch den Ministerpräsidenten und den Minister für öffentliche Arbeiten, Gesundheit, Soziales Wohlbefinden und Kulturerbe;

die Deutschsprachige Gemeinschaft, vertreten durch den Ministerpräsidenten und den Minister für Familie, Gesundheit und Soziales;

die Gemeinsame Gemeinschaftskommission, vertreten durch den Vorsitzenden des Vereinigten Kollegiums und die Mitglieder des Vereinigten Kollegiums, zuständig für die Unterstützung der Personen, Familienleistungen und Filmzensur;

haben Folgendes vereinbart:

Bestimmungen

Kapitel 1. Bestimmungen über den fiskalischen Datenfluss

Artikel 1. Der arrêté royal du 22 mai 2014 modifiant l'arrêté royal du 6 mars 1979 fixant les conditions auxquelles les allocations familiales sont accordées en faveur de l'enfant lié par un contrat d'apprentissage und der koninklijk besluit van 22 mei 2014 tot wijziging van het koninklijk besluit van 6 maart 1979 tot bepaling van de voorwaarden waaronder kinderbijslag wordt verleend ten behoeve van het kind dat verbonden is door een leerovereenkomst sind widerrufen.

Art. 2. Artikel 3 des arrêté royal du 22 mai 2014 modifiant l'arrêté royal du 12 août 1985 portant exécution de l'article 62, § 5, de la Loi générale relative aux allocations familiales und des koninklijk besluit van 22 mei 2014 tot wijziging van het koninklijk besluit van 12 augustus 1985 tot uitvoering van artikel 62, § 5, van de Algemene kinderbijslagwet ist widerrufen.

Art. 3. Artikel 4 des arrêté royal du 22 mai 2014 modifiant l'arrêté royal du 26 octobre 2004 portant exécution des articles 42bis et 56, § 2, des lois coordonnées relatives aux allocations familiales pour travailleurs salariés und des koninklijk besluit van 22 mei 2014 tot wijziging van het koninklijk besluit van 26 oktober 2004 tot uitvoering van de artikelen 42 bis en 56, § 2, van de Algemene kinderbijslagwet ist widerrufen.

Art. 4. Der arrêté royal du 22 mai 2014 modifiant l'arrêté royal du 10 août 2005 fixant les conditions auxquelles les allocations familiales sont accordées en faveur de l'enfant qui suit des cours ou poursuit sa formation und der koninklijk besluit van 22 mei 2014 tot wijziging van het koninklijk besluit van 10 augustus 2005 tot vaststelling van de voorwaarden waaronder kinderbijslag wordt verleend ten behoeve van het kind dat onderwijs volgt of een vorming doorloopt, sind widerrufen.

Art. 5. Artikel 3 des arrêté royal du 26 octobre 2004 portant exécution des articles 42 bis et 56, § 2, de la Loi générale relative aux allocations familiales und des koninklijk besluit van 26 oktober 2004 tot uitvoering van de artikelen 42bis en 56, § 2, van de Algemene kinderbijslagwet, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 3: Die beruflichen Einkommen sind die steuerpflichtigen Einkommen aus beruflicher Tätigkeit.

In Abweichung von Absatz 1 gelten als berufliche Einkommen:

- die Einkommen von Selbstständigen aus selbstständiger Tätigkeit gemäß Artikel 11, § 2 des königlichen Erlasses Nr. 38 vom 27. Juli 1967 zur Einführung des Sozialstatuts der Selbstständigen multipliziert mit einem Anteil von 100/80 .
- die mit einer beruflichen Tätigkeit verbunden Einkommen, die den Personalmitgliedern einer Einrichtung des internationalen öffentlichen Rechts in Höhe ihres Gesamteinkommens gewährt werden, vermindert um die persönlichen Beiträge zu einer von der Einrichtung bestellten Versicherung zur Deckung von Risiken bei der sozialen Sicherheit.

Ersatzeinkommen sind für alle Sozialversicherten die steuerpflichtigen Ersatzeinkommen.

Die so festgelegten Einkommen, die sich auf ein Kalenderjahr beziehen, werden zusammengezählt und dann durch zwölf geteilt, womit die monatlichen Beträge ermittelt werden, die gemäß Artikel 2 erstellt werden.“

Kapitel 2. Bestimmungen über Haushaltsangestellte

Art. 6. Artikel 15, § 4, Absatz 1 des Allgemeinen Familienbeihilfengesetzes, der durch das Gesetz vom 4. April 2014 eingefügt wurde, wird durch einen 3. ergänzt, der folgenden Wortlaut hat:

„3. Haushaltsangestellte“

Art. 7. Artikel 102, § 2, Absatz 2 des gleichen Gesetzes, der durch das Gesetz vom 27. Dezember 2004 ersetzt wurde, wird aufgehoben.

Kapitel 3. Bestimmungen über die nicht eintreibbaren zu Unrecht gezahlten Beträge

Art. 8. In das Allgemeine Familienbeihilfengesetz wird ein Artikel 91/3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„In den folgenden Fällen überlassen die zugelassenen freien Kindergeldkassen

den Gebietskörperschaften, gemäß den von den Gebietskörperschaften zusammen festgelegten Eingliederungsfaktoren für die Anrechnung, die irrtümlich gezahlten Beträge die ab 1. Januar 2015 mitgeteilt werden, sowie die irrtümlich gezahlten Beträge, die nicht mehr eintreibbar sind bzw. bei denen auf die Eintreibung vom gleichen Datum an verzichtet wird:

1. Wenn auf die Eintreibung aufgrund dessen sozial unverträglichen Charakters verzichtet wird;
2. Im Falle der Anwendung von Artikel 119bis;
3. Wenn die Eintreibung sich als technisch unmöglich erweist;
4. Im Falle der Anwendung von Artikel 22, § 3 des Gesetzes vom 11. April 1995 zur Einführung der Charta des Sozialversicherten.

Jedoch gehen die irrtümlich gezahlten Beträge, über die vor dem 1. Januar 2014 Mitteilung erfolgte, unter der Voraussetzung in Absatz 1 zu Lasten der Reservefonds der Kindergeldkassen, wenn sie als nicht eintreibbar erklärt werden bzw. wenn auf die Eintreibung vom 1. Januar 2015 an verzichtet wird“.

Art. 9. In das gleiche Gesetz wird der Artikel 91/4 eingefügt, der folgenden Wortlaut hat:

„FAMIFED verlangt die Berichtigung der Buchführung der zugelassenen Kindergeldkassen, wenn diese den Gebietskörperschaften ungerechtfertigte Kindergeldbeträge berechnet haben,

1. während diese in Anwendung von Artikel 91, § 4, 2 ihren Reservefonds hätten angelastet werden müssen;
2. außerhalb der Voraussetzung des Artikels 91/3.

Die Kasse zahlt FAMIFED von ihrem Betriebskostenkonto einen Aufschlag, der 10 % der Summe ausmacht, die Gegenstand der Berichtigung ist.

Kapitel 4. Bestimmungen über den Begriff „Mitmutter“

Art. 10. In Artikel 56bis, §2, Absatz 1 des Allgemeinen Familienbeihilfengesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 12. August 2000, werden die Wörter „Vater beziehungsweise die überlebende Mutter“ durch das Wort „Elternteil“ ersetzt.

Art. 11. In Artikel 64, §2, A, 2°, a) desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 30. Dezember 2009, werden die Wörter „oder bei Anwendung des Gesetzes vom 5. Mai 2014 zur

Kapitel 5. Bestimmungen über die Einkommensgrenzbeträge

Art. 16. In Artikel 2, Absatz 1 des arrêté royal du 26 octobre 2004 portant exécution des articles 42bis et 56, § 2, de la Loi générale relative aux allocations familiales und des koninklijk besluit van 26 oktober 2004 tot uitvoering van de artikelen 42bis en 56, § 2, van de Algemene kinderbijslagwet, geändert durch die Königlichen Erlasse vom 28. September 2008 und vom 5. Februar 2014, werden die Worte „résultant de l'application des articles 212, alinéa 6, et 213, alinéa 1er, première phrase,“ in der französischen Fassung des Erlasses und „voortvloeiend uit de toepassing van de artikelen 212, zesde lid, en 213, eerste lid, eerste zin,“ in der niederländischen Fassung des Erlasses, durch die Worte „aus der Anwendung der Artikel 212, Absatz 7 und 213, Absatz 1, erster Satz“ ersetzt.

Art. 17. In Artikel 41, zweiter Strich, des Allgemeinen Familienbeihilfengesetzes vom 19. Dezember 1939, berichtigt durch das Gesetz vom 27. April 2007 und geändert durch die Königlichen Erlasse vom 28. September 2008 und vom 5. Februar 2014, werden die Worte „aus der Anwendung der Artikel 212, Absatz 6 und 213, Absatz 1, erster Satz“ durch die Worte „aus der Anwendung der Artikel 212, Absatz 7 und 213, Absatz 1, erster Satz“ ersetzt.

Art. 18. In Artikel 42bis, § 4, Absatz 2, a) desselben Gesetzes, geändert durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006 und geändert durch das Gesetz vom 22. Dezember 2008 und durch den Königlichen Erlass vom 5. Februar 2014, werden die Worte „aus der Anwendung der Artikel 212, Absatz 6 und 213, Absatz 1, erster Satz,“ durch die Worte „aus der Anwendung der Artikel 212, Absatz 7 und 213, Absatz 1, erster Satz,“ ersetzt.

Kapitel 6. Inkrafttreten des Zusammenarbeitsabkommens

Art. 19. Das Inkrafttreten der Bestimmungen des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens ist wie folgt festgelegt:

1° die Artikel 1, 2, 3 und 4 des 1. Kapitels werden mit 30. Juni 2014 wirksam;

2° der Artikel 5 desselben 1. Kapitels wird, mit Ausnahme von den Bestimmungen bezüglich der Berechnung der Berufseinkommen der Selbstständigen, die mit 30. Juni 2014 wirksam werden, mit 1. Januar 2015 wirksam;

3° die Artikel 6 und 7 des 2. Kapitels werden mit 1. Oktober 2014 wirksam;

4° die Artikel 8 und 9 des 3. Kapitels werden mit 1. Januar 2015 wirksam;

5° die Artikel 10, 11, 12, 13, mit Ausnahme von 3° und 4°, und die Artikel 14 und 15 des 4. Kapitels werden mit 30. Juni 2014 wirksam;

Feststellung der Abstammung der Mitmutter“ zwischen den Wörtern „ihres Zusammenwohnenden gleichen Geschlechts handeln muss“ und den Wörtern „wird der Anspruch auf Kinderzulagen“ eingefügt.

Art. 12. In Artikel 66, Absatz 1 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 19. Juli 2001, werden die Wörter „den Vater, die Mutter, den Stiefvater beziehungsweise die Stiefmutter“ durch die Wörter „einen Elternteil, einen Stiefelternteil“ ersetzt und werden die Wörter „der Vater oder die Mutter“ durch die Wörter „der Elternteil“ ersetzt.

Art. 13. Artikel 69 desselben Gesetzes wird wie folgt abgeändert:

1° In Paragraph 1, Absatz 1, ersetzt durch das Gesetz vom 30. Dezember 2009, werden die Wörter „oder bei Anwendung des Gesetzes vom 5. Mai 2014 zur Feststellung der Abstammung der Mitmutter“ zwischen den Wörtern „ihres Zusammenwohnenden gleichen Geschlechts handeln muss“ und den Wörtern „werden die Kinderzulagen dem ältesten Verwandten ersten Grades ausgezahlt“ eingefügt;

2° in Paragraph 3, ersetzt durch das Gesetz vom 30. Juli 2013, werden die Wörter „der Vater, die Mutter“ durch die Wörter „ein Elternteil“ ersetzt;

3° im gleichen Paragraphen 3, Absatz 1 werden die Wörter „und 9“ zwischen den Wörtern „594 Nr. 8“ und den Wörtern „desselben Gesetzbuches“ eingefügt;

4° derselbe Paragraph 3 wird um einen Absatz mit folgendem Wortlaut ergänzt:

„Änderungen des Empfängers infolge eines in Artikel 31 § 3 des Königlichen Erlasses vom 8. April 1976 zur Festlegung der Regelung der Familienleistungen für Selbständige erwähnten Einspruchs bleiben für die Anwendung des vorliegenden Gesetzes wirksam.“.

Art. 14. In Artikel 73bis, §1, Absatz 3 desselben Gesetzes, zuletzt geändert durch den Königlichen Erlass vom 11. Dezember 2001, werden die Wörter „des Vaters oder der Mutter“ durch die Wörter „eines der Elternteile“ ersetzt.

Art. 15. In Artikel 8, §1, Absatz 2 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Ausführung des Gesetzes vom 20. Juli 1971 zur Einführung garantierter Familienleistungen werden die Wörter „le père survivant ou la mère survivante est engagé(e)“ in der französischen Fassung des Erlasses, und „de overlevende vader of moeder“ in der niederländischen Fassung des Erlasses, durch das Wort „der überlebende Elternteil“ ersetzt.

6° die Artikel 13, 3° und 4° desselben 4. Kapitels werden mit 30. Juni 2014 wirksam;

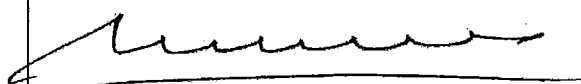
7° die Artikel 16, 17 und 18 des 5. Kapitels werden mit 1. Juli 2015 wirksam;

Art. 20. Das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen wird nach Genehmigung der jeweiligen zuständigen Gesetzgeber wirksam, am Tag der Veröffentlichung im Belgischen Staatsblatt des letzten Dekrets zur Zustimmung.

Art. 21. Dieses Zusammenarbeitsabkommen führt nicht dazu, dass die Änderungen, die es an diesen Regulierungstexten vornimmt, die Art dieser Texte zu ändern.

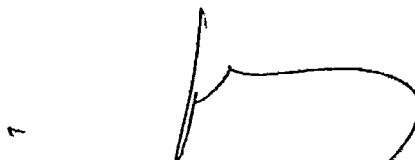
Geschehen zu Brüssel, am 14 Juli 2016, in einer Originalausfertigung in deutscher, französischer und niederländischer Sprache, die beim zentralen Sekretariat des Konzertierungsausschusses, verantwortlich für die beglaubigten Abschriften und die Veröffentlichung im Belgischen Staatsblatt, deponiert wird.

Ministerpräsident der flämischen Regierung



Herr Geert Bourgeois

Flämischer Minister für Wohlfahrt,
Volksundheit und Familie



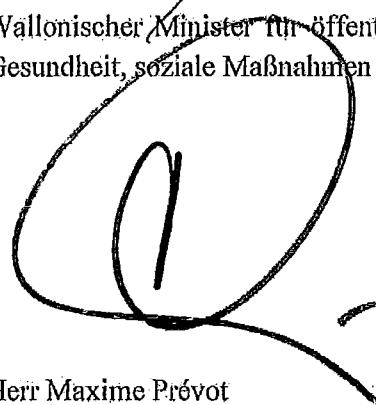
Herr Jo Vandeuren

Ministerpräsident der wallonischen
Regierung



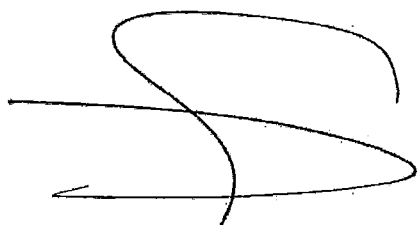
Herr Paul Magnette

Wallonischer Minister für öffentliche Arbeiten,
Gesundheit, soziale Maßnahmen und Kulturerbe



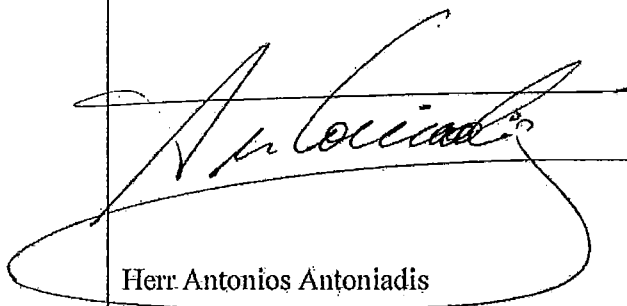
Herr Maxime Prévot

Ministerpräsident der Deutschsprachigen
Gemeinschaft



Herr Oliver Paasch

Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
der Deutschsprachigen Gemeinschaft



Herr Antonios Antoniadis

Vorsitzender des Vereinigten Kollegiums der
Gemeinsamen Gemeinschaftskommission

Herr Rudi Vervoort

Mitglied des Vereinigten Kollegiums, zuständig
für die Unterstützung der Personen,
Familienleistungen und Filmzensur

Frau Céline Frémault

Mitglied des Vereinigten Kollegiums,
zuständig für die Unterstützung der
Personen, Familienleistungen und
Filmzensur

Herr Pascal Smet